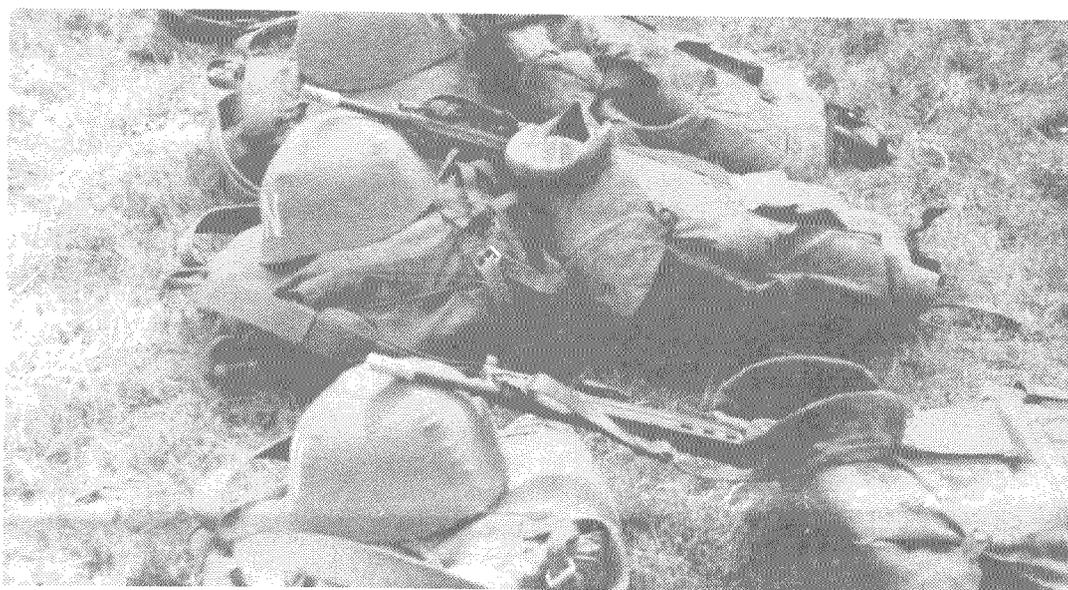


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Chancen verpasst



Uno-Blauhelmtuppen: Nach der Abstimmung vom 12. Juni 1994 ist die Schweiz nicht dabei.

(Photo Keystone)

AMK. Mit der Ablehnung von freiwilligen Schweizer Blauhelmen hat unser Land eine Chance verpasst, sich an friedenserhaltenden Massnahmen zu beteiligen. Durch das Scheitern des Kulturartikels am Ständemehr besteht nach wie vor keine klare Verfassungsgrundlage für die unum-

strittenen Aufgaben des Bundes bei der Kulturförderung. Die Zurückweisung der dritten Vorlage, ebenfalls nur durch das Ständemehr, verhindert einheitliche eidgenössische Richtlinien für die erleichterte Einbürgerung junger, in der Schweiz aufgewachsener Ausländerinnen und Ausländer, wie sie in manchen Kantonen bereits gehandhabt werden.

Als ausschlaggebenden Grund für die Ablehnung von Schweizer Blauhelmen sieht die FDP die Sorgen des Souveräns um die Staatsfinanzen. Die Gegner der Vorlage haben diese Sorgen durch masslose Übertreibungen hochgespielt. Die FDP sah demgegenüber in den 100 Millionen Franken für freiwillige Schweizer Blauhelme gut angelegtes Geld, da Blauhelmtuppen mithilfe, weltweit Flüchtlingsströme, von denen auch die Schweiz betroffen wird, zu verhindern. ■

Umbauprozess

Unsere grossen Sozialwerke – AHV, Arbeitslosen- und Krankenversicherung – befinden sich im Umbau. Grund dafür ist die Kostenentwicklung. In allen Bereichen gilt es, heute Lösungen zu finden, damit nicht morgen Zahlungsunfähigkeit erklärt werden muss.

AMK. Bei der gegenwärtig heiss umstrittenen AHV zeichnet sich für die Zukunft eine desolante Finanzlage ab. Bei der Arbeitslosenversicherung wird der Schuldenberg dieses Jahr auf rund acht Milliarden Franken angewachsen. Bei der Krankenversicherung liegt in Form des Gesetzes zwar endlich eine Lösung vor, die mittelfristig eine deutliche Abflachung der Kostenkurve verspricht, gegen die jedoch das Referendum ergriffen wurde. Die FDP will die Schulden nicht einfach den kommenden

Generationen überlassen. Sie übernimmt die Verantwortung heute und scheut sich nicht, auch unbequeme Einsichten und Forderungen zu formulieren. Ihre Position ist geprägt von der Sorge um die Sozialwerke: Sie sollen so geregelt sein, dass sie finanzierbar bleiben, wirklich Bedürftigen gezielt geholfen wird und der Einzelne in die Verantwortung mit einbezogen ist.

Lesen Sie
ab Seite 5

FDP

Inhalt

- «Für eine umfassende Politik der elektronischen Medien» lautet der Titel auf Seite **10**
- 400 Leute kamen an die Tagung der FDP-Frauen mit der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth. Lesen Sie ab Seite **13**

Warum die Krim wieder Anschluss an Russland sucht

Die geschichtsträchtige Krim ist ein politisches Pulverfass. Eine russische Intervention auf der Halbinsel ist heute denkbar. Das prorussisch dominierte Parlament der Krim sagte sich von der Ukraine los. Russische Nationalisten fordern einen Anschluss der Krim an Russland. Hinzu kommt der Streit zwischen der Ukraine und Russland über die Aufteilung der ehemaligen sowjetischen Schwarzmeerflotte.

◉ Jacques Baumgartner

Der Streit um den Status der Krim schwelt seit zwei Jahren. Mitte Mai setzte das Krim-Parlament in Simferopol die 1992 beschlossene, dann aber ausgesetzte Verfassung der Krim-Republik wieder in Kraft. Nach dieser Verfassung ist die Halbinsel Krim ein souveräner Staat auf derselben Stufe wie die Ukraine, nicht aber eine Autonome Republik innerhalb der Ukraine.

Im Grunde handelt es sich um die alte, abgeänderte sowjetische Verfassung, die dem Krim-Parlament weitgehende Rechte einräumt. Zu den Befugnissen gehören unter anderem, eine Miliz aufzubieten, Verträge mit ausländischen Staaten abzuschließen und den Krim-Bürgern die russische Staatsangehörigkeit zu gewähren. Von den 2,5 Millionen Einwohnern der Halbinsel zwischen Asowschem und Schwarzem Meer sind nahezu 1,8 Millionen Russen, die heute zurück in den Schoss Russlands wollen. Vor drei Jahren hatte über die Hälfte der Krim-Einwohner für die Souveränität der Ukraine in den bestehenden Grenzen gestimmt.

Die Wiederbelebung der alten Verfassung ebnet laut Aleksandr Kruglow den Weg für eine Wiedereingliederung der Krim in die Russische Föderation. Kruglow gilt als einer der glühendsten russischen Krim-Nationalisten. Leonid Grach hingegen – Parteichef der Krim-Kommunisten – befürchtet, dass ein Anschluss an Russland «unweigerlich Krieg» nach sich ziehen werde. Ganz unrecht dürfte er nicht haben.

EU alarmiert

Die Krim-Krise, die auch eine ukrainische Krise ist, hat auch die Europäische Union (EU) alarmiert. Die Ukraine/Krim-Frage wird auf dem bevorstehenden G-7-Gipfel im Juli in Neapel mit Vorrang erörtert werden. Für die vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehende Ukraine soll ein «Dringlichkeitshilfepaket» geschnürt werden. Dafür setzen sich vor allem die EU-Mitglieder der Gruppe der Sieben (G-7/USA, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Japan) ein. In EU-Kreisen in Brüssel wird von der Gefahr eines Bürgerkrieges, verbunden mit einer nuklearen Katastrophe, gesprochen.

Russland

Für den russischen Präsidenten, Boris Jelzin, ist der Streit zwischen Simferopol und Kiew ein schwieriges, zusätzliches Problem. Er hat den etwa 25 Millionen Russen in den ehemaligen Sowjetrepubliken den «besonderen Schutz» Russlands zugesagt, und in Russlands politischen Kreisen – von ganz nationalistisch, kommunistisch bis liberal – herrscht einhellig die Meinung vor, die Krim gehöre zu Russland.

Wirtschaftslage miserabel

Russischer Nationalismus allein ist nicht der Grund und die Ursache für den «Umschwung» auf der Krim. Die Wirtschaftslage ist derart miserabel geworden, dass die Menschen – und offenbar

nicht nur die Russen, sondern auch mehrheitlich die 600 000 Ukrainer – zu Russland wollen. Der Tourismus und die Schwarzmeerflotte sind das wirtschaftliche Standbein der Krim, und in beiden Bereichen ist Kiew nach der Ansicht der Krim-Bewohner der «Spielverderber». Im Grunde könne die Ukraine die Schwarzmeerflotte nicht bezahlen, blockiere aber deren Übernahme durch Russland. Der ukrainische Präsident, Leonid Krawtschuk, habe mit Boykott und Blockade gedroht, den Menschen auf der Krim aber keine bessere Alternative geboten.

Der Ende Januar zum Präsidenten gewählte Juri Meschkow gilt als moderat. Der frühere Ermittlungsrichter bei der Staatsanwaltschaft predigte seinen Wählern, im Schosse Russlands werde es den Krim-Einwohnern bald wieder besser gehen. In einer Volksbefragung sprachen sich am 27. März nahezu achtzig Prozent der Stimmberechtigten für mehr Selbstbestimmung und für ukrainisch-russische Doppelbürgerschaft aus. Als einzige offizielle Amtssprache wurde das Russische erklärt, und per Präsidentendekret dürfen Krim-Bürger nicht mehr von der Ukraine zum Militärdienst eingezogen werden. Meschkow und seine Berater gehen davon aus, dass mit Kiew letztlich eine Übereinkunft gefunden werden kann. Aber wahrscheinlich wird der Konflikt vorerst eskalieren. Im nächsten Monat stehen in der Ukraine Präsidentschaftswahlen an. Liesse Krawtschuk jetzt die Krim gehen, so brauchte er zur (zweifelhaften Wieder-)Wahl erst gar nicht anzutreten.

Eine ernste Gefahr für den Bestand der Ukraine besteht auch darin, dass, liesse Krawtschuk eine Abspaltung der Krim zu, sich als nächstes das ebenfalls von Russen bewohnte Industrieviertel Donbass von der Ukraine löst. Im Donbass besteht die Bevölke-

rung aus drei Vierteln Russen, die sich bis anhin nur widerwillig Kiew unterordneten. Über sechzig Prozent der Donbass-Bevölkerung befürwortet einen Wiederanschluss an Russland. Käme es letztlich zu einem militärischen Konflikt, wären die ukrainischen Streitkräfte den russischen unterlegen. Das Drohende ist, dass ein solcher Krieg auch eine nukleare Dimension haben könnte. In der Ukraine sind nach der Auflösung der Sowjetunion 176 Interkontinentalraketen mit 1240 nuklearen Gefechtsköpfen verblieben.

«Chruschtschow-Schenkung»

Die Krim war 1954 aus dem Verband der Russischen Föderation gelöst worden. Der damalige sowjetische Parteichef, Nikita Chruschtschow, schlug sie per Dekret der Ukraine zu, und zwar im Zusammenhang mit dem dreihundertsten Jahrestag des Vertrages von Perejaslawl. In diesem Vertrag anerkannte 1654 der Kosaken-Hetman Chmelnyzki Russland als Schutzmacht der Ostukraine gegenüber Polen. Für viele patriotische Ukrainer begann damals die russische Kolonisation.

Der von Boris Jelzin im vergangenen September/Oktobre aufgelöste Oberste Sowjet hatte im Mai 1992 die «Chruschtschow-Schenkung» als verfassungswidrig erklärt. Im Juni 1993 erhob der Oberste Sowjet Anspruch auf die Stadt Sewastopol, den Hauptstützpunkt der zwischen Kiew und Moskau umstrittenen Schwarzmeerflotte. Bis anhin ignorierte Präsident Jelzin beide Beschlüsse. Zweideutig verlautete aus Moskau nach den Präsidentschaftswahlen und der Volksbefragung auf der Krim, «die in demokratischer Atmosphäre stattgefunden haben», «Russland, als ein demokratischer Staat, nimmt ihr Ergebnis mit natürlichem Respekt auf». ■

Hans Schöttli: Populisten und Panikmacher sind ihm ein Greuel

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründen sich Ihre grössten Hoffnungen?

Dass die römische Kirche ihre moraltheologische Verkrampfung nicht ins nächste Jahrtausend hinüberretten möchte. Nur eine griffige Familienplanung kann, zusammen mit anderen Massnahmen, mithelfen, das brennende Nord-Süd-Gefälle auszugleichen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Dass sich viele fähige Frauen mit grossen Chancen für die kommenden Wahlgänge nicht zur Verfügung stellen.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Fähigkeit der Menschen, Energie zu nutzen. Sie ermöglicht uns überhaupt erst zu leben.

Es gibt keine unnötigen Erfindungen, es gibt nur Menschen, die zu wenig verantwortungsbewusst handeln.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die typisch schweizerischen Eigenarten und Traditionen.

KURZBIOGRAPHIE

Hans Schöttli

Zur Person: In Thayngen SH in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen. Nach der Lehre als Maschinenzeichner Nachholen der eidg. Matura, Typus C, und Studium von Naturwissenschaften an ETH und Universität Zürich. Abschluss mit dem Doktorat. Einige Jahre Praxis in der Industrie und heute als Kantonsschullehrer in Frauenfeld tätig. Verheiratet, Vater

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die zunehmende Verflüchtigung des Rechtsstaates. In Massen auftretende Randalierer werden kaum zur Verantwortung gezogen, Pendler, die mit dem Auto zur Arbeit unterwegs sind, werden gebüsst, wenn sie auf der Autobahn zu schnell fahren.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Fortschritte werden heute dadurch verunmöglicht, dass zur Bildung von Mehrheiten zu viele Parteien notwendig sind. Das führt zu dauernden, zahnlosen Kompromissen, die kaum je zeitgerecht ein Problem zu lösen vermögen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Nur diese Partei hatte damals ein klar liberal begründetes Programm, das nicht der Bauernsame (BGB) verpflichtete Jungbürger überzeugen konnte.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn vergeben?

einer Tochter (18, Seminaristin) und zweier Söhne (24, 25), Studenten an der Uni Zürich. Seit 1972 wohnhaft in Hüttwilen. Mitglied der Parteileitung des Kantons Thurgau (Wahlkampfleiter).

Liebste Tätigkeiten: Ausbildung/Führungsschulung im Militär (Oberst), Vorträge halten über aktuelle Probleme, Mitgestaltung der laufenden Garten- und Hausarbeiten! ■



Hans Schöttli als Wahlbeobachter in der russischen Republik Dagestan bei der Auszählung der Stimmen.

Bundesrat Kaspar Villiger. Er hat unserer Armee, die in der Gunst des Volkes eine tiefer und tiefer fallende Akzeptanz zur Kenntnis nehmen musste, ein neues, überzeugendes Profil verpasst und wesentlich dazu beigetragen, dass die Abstimmungen vom 6. Juni 1993 gewonnen werden konnten. Damit ist wieder Ansehen, Motivation und Wertgefühl in unsere Armee eingekehrt. Die Jugend, die bereit ist, für die Sicherheit unseres Landes Verantwortung zu übernehmen, fühlt sich wieder vom Volk getragen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch widerspruchsfreies Vortragen von einfachen Lösungen zu aktuellen Problemen. Populisten und Panikmacher sind mir ein Greuel.

Was fällt Ihnen zum Thema Frauen und Männer ein?

Das ist für mich kein Thema mehr. An vielen Orten besteht Handlungsbedarf. Es ist gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre Stärke?

Zu perfekte Pflichtauffassung führt oft zu hohen Erwartungen. Trotzdem lasse ich mich kaum aus der Ruhe und schon gar nicht von meiner Art abbringen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Margaret Thatcher, «Downing Street No. 10. Die Erinnerungen».

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Regelmässiges Joggen in den Wäldern des Seerückens. Ab und zu einen ausserdienstlichen Wettkampf bestreiten.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ein paar Sprachen mehr beherrschen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Den Vorgänger der heutigen Präsidentin des Nationalrates. Er hat es verpasst, den «Pullover-Demokraten» im Saal «schickliche Kleidung» zu verordnen, er hat es verpasst, das Demonstrationsverbot auf dem Bundeshausplatz während der Session durchzusetzen, er hat es verpasst, die Nötigung eines gewählten Bundesrates zu verhindern. Die Liste der Präzedenzfälle wird seither immer länger. ■

Wie funktioniert die Mehrwertsteuer?

Am 28. November 1993 haben Volk und Stände mit 67 Prozent Ja-Stimmen unerwartet deutlich dem Systemwechsel von der Warenumsatzsteuer (WUST) zur Mehrwertsteuer (MWST) zugestimmt. Der Übergang zur Mehrwertsteuer ist auf den 1. Januar 1995 vorgesehen. Damit sehen sich die betroffenen Unternehmer vor die Aufgabe gestellt, innert kurzer Frist zahlreiche umsatzsteuerliche Probleme in ihren Betrieben zu lösen.

Markus Seiler

Ein «Nachschlagewerk zum Systemwechsel» kommt da gerade recht. Stephan Kuhn und Peter Spinnler, die Autoren des kürzlich erschienenen Handbuches «Mehrwertsteuer», haben es sich in ihrem soeben erschienenen Werk zum Ziel gesetzt, die neuen Rechtsnormen darzustellen, mögliche Probleme aufzuzeigen und nötige Querverbindungen zwischen den verschiedenen Bestimmungen herzustellen. Zwar wird erfreulicherweise versucht, die komplexe Materie immer wieder durch konkrete Beispiele zu veranschaulichen. Dennoch richtet sich das dicht geschriebene Werk in erster Linie an Fachleute.

Der Vorteil des frühen Erscheinens dieses Buches ist zugleich auch dessen grösster Nachteil: Die Ausführungen basieren auf dem bundesrätlichen Entwurf für eine Mehrwertsteuerverordnung. Dieser erfährt indes auf Grund der Vernehmlassungsergebnisse in einigen wichtigen Punkten noch Änderungen, etwa bezüglich der Besteuerung von Dienstleistungen ins Ausland oder der Frage der Organschaft. Damit das Werk auch künftig als wertvolle Hilfe in Mehrwertsteuerfragen dienen kann, ist eine Ergänzung in der Auflage nach Verabschiedung der defini-

tiven Mehrwertsteuerverordnung unabdingbar.

Abgerundet wird das Werk durch einen interessanten Überblick des freisinnigen Schaffhauser Ständerats Kurt Schüle über den schwierigen Weg der Schweiz zur Mehrwertsteuer, den zu lesen sich auch für Nichtsteuerfachleute lohnt, sowie einen umfangreichen und nützlichen Anhang.

Stephan Kuhn/Peter Spinnler: Mehrwertsteuer – Das Nachschlagewerk zum Systemwechsel. Cosmos-Verlag, Muri/Bern 1994. 325 Seiten. Fr. 108.–



Armee 95 – Chance für die Milizarmee?

Ein Kompendium zur strategischen Lage und militärpolitischen Debatte der neunziger Jahre unter dem Titel «Armee 95 – Chance für die Milizarmee?» erörtert die im sicherheitspolitischen Sektor anstehenden Probleme offen und engagiert und stellt sie der Öffentlichkeit zur Diskussion. Ein ausgewählter Kreis von Militärpublizisten und Wissenschaftlern beleuchtet die breite Palette von Fragen.

Zuerst wird die heutige strategische Lage präsentiert. Der politischen und militärischen Situation in Osteuropa und den GUS-Staaten ist ein besonderes Kapitel gewidmet, das auf die Rüstungs- und Gefahrenpoten-

tiale sowie die Schwierigkeiten rund um die Abrüstung hinweist. Ein weiteres Kapitel streicht die innovative Bedeutung von Entwicklung und Export im Rüstungstechnologiesektor heraus. Es informiert über neue Tendenzen im High-Tech-Bereich in Frankreich und Russland und schildert die Verhältnisse in der Schweiz. Das Wesen der Armee 95 wird in seinen wichtigsten Elementen diskutiert und das Verhältnis von Auftrag und Mitteln kritisch durchleuchtet.

Auch der Schweizer Luftverteidigung ist ein Kapitel gewidmet. Eine historische Analyse über den Pazifismus in der Schweiz und die Vorstösse zur Abschaf-

fung der Armee sind Gegenstand weiterer Abschnitte. Nachgezeichnet werden auch die wichtigsten Entwicklungsstationen des Schweizer Heerwesens bis ins 20. Jahrhundert.

Die Publikation schliesst mit einer Vision für das Jahr 2000. Losgelöst von der heutigen Armee reform 95 werden Überlegungen über Zukunftsszenarien angestellt. D. K.

Dominique Brunner, Daniel Heller, Günter Heuberger, Dieter Kläy, Charles Ott, Albert A. Stahel (Hrsg.): Armee 95 – Chance für die Milizarmee? Mit einem Vorwort von Robert A. Jeker und einem Interview mit Bundesrat Kaspar Villiger. Strategische Studien Band 7, 1994, 200 Seiten, Format A5, broschiert Fr. 29.–, ISBN 3 7281 2094 4, vdf Verlag der Fachvereine, Zürich.



AHV: Probleme jetzt anpacken

Die FDP stellt sich klar hinter die Erhöhung des Rentenalters für Frauen in zwei Etappen bis zum Jahr 2005. Sie erachtet dies angesichts der weitgehenden Erfüllung der Frauenpostulate in der 10. AHV als gerechtfertigt. Die FDP hat das Splittingssystem befürwortet und sich dafür eingesetzt, dass neu durch Betreuungsgutschriften auch die Erziehungs- und Betreuungsarbeit honoriert wird.

Angesichts des sich abzeichnenden Defizits bei der AHV ab dem Jahr 2001 fordert die FDP, dass Gegenmassnahmen vorbereitet und die 11. AHV-Revision umgehend in die Wege geleitet wird.

Arbeitslosenversicherung: Arbeit für alle

Eine starke Wirtschaft, gesunde Finanzen, mehr Arbeitsplätze: Das sind die Eckpfeiler des Programms der FDP gegen die Arbeitslosigkeit und damit auch gegen die gewaltigen Defizite der Arbeitslosenversicherung. Die FDP will den Faktor Arbeit nicht verteuern und ist daher gegen höhere Lohnprozente.

Konsequenter Vollzug und Kampf gegen Missbrauch, Leistungskürzungen nach Risikogruppen, selektive Kürzung der Leistungsdauer und stärkere Degression sollen Einsparungen bringen. Der Begriff der zumutbaren Arbeit muss weiter gefasst werden.

Krankenversicherung: Gute Lösung

Nach jahrelangem Ringen haben die eidgenössischen Räte einen tragfähigen Kompromiss bei der Krankenversicherung gefunden, hinter dem auch die FDP steht. Angesichts der Kostenexplosion im Gesundheitswesen war eine Lösung bitter nötig.

Das revidierte Krankenversicherungsgesetz schränkt Preisabsprachen stark ein und verstärkt den Wettbewerb. Dieser wird zunehmend über das Leistungsangebot erfolgen. Mittelfristig wird das neue Gesetz der Entwicklung im Gesundheitswesen gerecht werden. Bereits aber wurde dagegen das Referendum ergriffen.

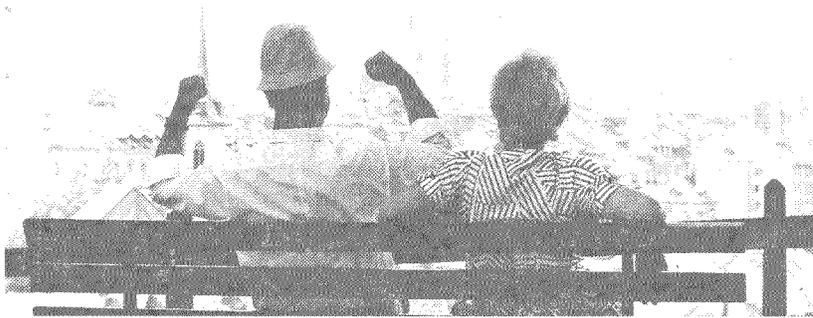
Die Altersvorsorge, die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung: Bei allen drei Sozialwerken bereiten stark zunehmende Kosten grosse Sorgen. Die FDP hat auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Sie hat die Probleme genannt und Lösungen aufgezeigt. Der «Freisinn» informiert über die Position der FDP, nennt Zahlen und Fakten zur AHV, greift das Thema Arbeitslosigkeit noch einmal auf und erläutert, warum das revidierte Krankenversicherungsgesetz unterstützungswürdig ist.



Sozialwerke im Umbruch

Altersvorsorge, Arbeitslosen- und Krankenversicherung: Heute Sorge dafür tragen, damit sie morgen noch funktionieren.

(Photos Stahl und Keystone)



Die heutige Diskussion um die Zukunft der AHV ist durch Unsicherheit, Emotionen und politische Manipulationen geprägt. Die Rentner sorgen sich mit Recht um die Sicherheit ihrer Rentenansprüche; die wirtschaftlich aktive Generation befürchtet höhere Lohnabzüge zugunsten der AHV. Die Jungen sind nicht sicher, ob es überhaupt noch eine tragfähige AHV gibt, wenn sie die Pensionierungsgrenze erreicht haben. Fakten sind deshalb gefragt.

AHV: Fragen und Fakten

Nationalrat
Heinz Allenspach (ZH)

Auf Grund der gegenwärtigen Lebenserwartung darf eine Frau, die im Alter von 62 Jahren pensioniert wird, im Durchschnitt mit 23,5 Rentenjahren rechnen; ein mit 65 Jahren pensionierter Mann hat 16,5 Rentenjahre vor sich. Selbst wenn das Rentenalter der Frau an jenes des Mannes angeglichen wird, bezieht die Frau im Durchschnitt rund vier Jahre länger AHV-Renten als der Mann. Ihre Rentenerwartung liegt selbst bei einem Rentenalter 65/65 um rund 25 Prozent höher als jene des Mannes.

Mehr Rentenjahre ...

Die Lebenserwartung hat in jüngster Vergangenheit um 1 bis 1,5 Jahre pro Jahrzehnt zugenommen. Diese Entwicklung wird weitergehen, denn unsere Lebenserwartung ist immer noch geringer als das biologisch mögliche Lebensalters des Menschen. Es muss angenommen werden, dass nach dem Jahre 2000 die 62jährige Frau 24,5 bis 25 Rentenjahre vor sich hat, der 65jährige Mann 17,5 bis 18 Rentenjahre. Selbst damit dürfte die Entwicklung nicht abgeschlossen sein. Es ist später mit einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung zu rechnen.

... weniger Erwerbsjahre

Die Zeitspanne der Erwerbstätigkeit nimmt ab. Der Eintritt ins Erwerbsleben erfolgt insbesondere wegen der längeren Ausbildung

später als noch vor Jahrzehnten. Weniger Erwerbsjahre und mehr Rentenjahre. Das ist eine der Kernfragen der Altersvorsorge. Wie können wir mit vierzig Erwerbsjahren rund zwanzig Rentenjahre finanzieren?

Die Zahl der Rentner steigt, die Zahl der Erwerbstätigen stagniert oder nimmt sogar ab. Das sind feststellbare Tatsachen, denn die Rentner und die Erwerbstätigen des Jahres 2015 leben heute schon alle. 1990 traf es rund 4,5 Personen im Alter 20 bis 64 auf einen über 64jährigen; im Jahre 2015 sind es nur noch drei 20- bis 64jährige, und im Jahre 2040 dürften sogar nur noch 2,5 Personen im Alter von 20 bis 64 auf einen über 64jährigen kommen.

Die Finanzierungsbasis der AHV verschlechtert sich also massiv. Zudem sind nicht alle 20- bis 64jährigen erwerbstätig. Die Belastung der Erwerbstätigen ist deshalb noch grösser. Selbst wenn inskünftig keine sozialen Verbesserungen mehr vorgenommen würden, würde allein wegen der demographischen Entwicklung die Sozialbelastung der Erwerbstätigen massiv ansteigen.

Ist es wirtschaftlich sinnvoll und politisch möglich, den Erwerbstätigen, um die Kosten der demographischen Entwicklung auszugleichen, zusätzliche drei bis vier Lohnprozente für die AHV abzuverlangen?

Soziallastquote

Die Aufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 1970 rund 13,5 Prozent des Volkseinkommens, 1980 waren es rund 19,6

Prozent, und 1995 dürften etwa 25 Prozent des Volkseinkommens für die soziale Sicherheit aufgewendet werden. Nahezu eine Verdoppelung dieser Soziallastquote innert 25 Jahren. Kann es in gleichem Tempo weitergehen?

Die AHV wies 1993 bei 23 856 Millionen Franken Einnahmen und 23 046 Millionen Franken Ausgaben einen Überschuss von 810 Millionen Franken aus. Selbst unter der günstigen Annahme, dass die Löhne jährlich ein Prozent stärker steigen als die Preise, ist gemäss den bisherigen Vorschlägen zur 10. AHV-Revision im Jahre 2001 mit einem Defizit von rund 900 Millionen Franken zu rechnen. Dieses Defizit steigt massiv; es dürfte, selbst bei der vorgesehenen stufenweisen Erhöhung des Rentenalters der Frau, im Jahre 2005 mehr als 3 Milliarden Franken betragen, im Jahre 2010 rund 9 Milliarden Franken und im Jahre 2015 über 16 Milliarden Franken. Die AHV hätte, wenn der Entwicklung unbesehen freien Lauf gelassen würde, innert zwanzig Jah-

ren den AHV-Fonds völlig aufgezehrt und einen Schuldenberg von über 75 Milliarden angehäuft.

Rentenalter

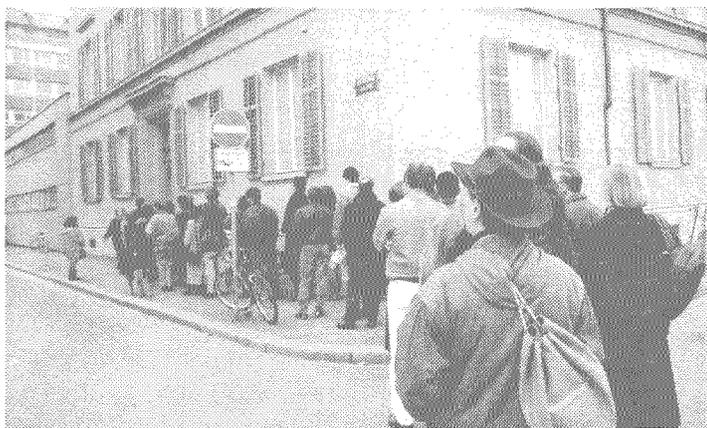
Der 10. AHV-Revision muss rasch eine 11. AHV-Revision folgen. Wir können nicht weitere zehn Jahre zuwarten, bis energische Massnahmen zur Bewältigung der demographischen Kostenfolgen der AHV in Kraft treten. Bei dieser 11. AHV-Revision wird es keine Tabus geben können. Eine Angleichung des Rentenalters der Frau an jenes des Mannes ist unumgänglich. Dies gebietet nicht nur die sich deutlich abzeichnende desolote Finanzlage der AHV, sondern auch der Verfassungsgrundsatz betreffend Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Mit der 10. AHV-Revision wird eine stufenweise Erhöhung des Rentenalters der Frau vorgesehen, mit Übergangsfristen von fünf und neun Jahren. Würde eine Anpassung des Rentenalters der Frau in die 11. AHV-Revision verschoben, müsste sie aus Kostengründen ohne wesentliche Übergangsfristen durchgezogen werden. Dann wäre mit sozialen Härten zu rechnen. ■



Nationalrat Heinz Allenspach aus dem zürcherischen Fällanden wirkte bis vor kurzem als Direktor und Delegierter des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen. Bei der 10. AHV-Revision war er Kommissionspräsident.

Wege aus der Arbeitslosigkeit



LESERBRIEF

Mehr Mut

Im letzten «Freisinn» habe ich mit grossem Interesse den FDP-Bericht «Wege aus der Arbeitslosigkeit» angefangen zu lesen. Unter besagtem Titel habe ich mir sehr viel versprochen. Je mehr ich gelesen habe, desto mehr ist mein Interesse geschwunden. Da werden allseits bekannte, oft gehörte und gelesene Schlagwörter neu umschrieben, mit statistischen Zahlen untermauert, aber ein Weg, wie dies der Titel vermuten lässt, um aus der Arbeitslosigkeit zu kommen, wird keiner aufgezeigt.

Ich nehme an, der Bericht wurde nicht von einer Einzelperson geschrieben. Mich würde hierzu interessieren, wie viele Arbeitslose daran gearbeitet haben. Oder waren am Bericht nur Fachleute beteiligt, die Arbeitslosigkeit vom Hörensagen und aus den Medien kennen? Über mögliche Gründe der Arbeitslosigkeit könnte ich ebenfalls seitenweise schreiben. Aber habe ich damit irgendeinem geholfen? Ich fordere Sie auf, mehr Mut zu zeigen. Mut zu einem noch unbekanntem und unbequemen Weg, Mut zu einer Gesellschaftsveränderung, Mut zu Visionen, aber auch Mut, in den eigenen Reihen ein Umdenken einzuleiten.

In der Berner Ausgabe des «Freisinns» wurden die Parteimitglieder aufgerufen, sich aktiv in den verschiedenen Kommissionen zu beteiligen. Ich war bereit, meine Mitarbeit anzubieten, aber als ich im Anmeldetalon die Zeile «Arbeitgeber/Stellung» hätte ausfüllen müssen, war meine Bereitschaft zur Mitarbeit weg. Ich stehe dazu, ich bin zur Zeit arbeitslos. Aber ich habe weder meine Persönlichkeit noch mein Wissen, noch meine Erfahrung abgelegt.

Kurt Stämpfli, Münsingen

Unser Bericht «Wege aus der Arbeitslosigkeit» hat viele Reaktionen ausgelöst: Für die einen war er sehr mutig und umfassend, für sie wurde der Hebel in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht genau an den richtigen Stellen angesetzt; für andere war er zu wirtschaftsfreundlich und zu hart in den Forderungen. Es gab auch welche, die – wie im Leserbrief auf dieser Seite – der Arbeitsgruppe den Vorwurf machten, dass sie das Thema «Arbeitslosigkeit» nur vom Hörensagen kenne und daher in allseits bekannten Parteiparolen steckenbleibe.

Grossrätin
Christine
Egerszegi-Obrist (AG)

Es ist richtig, dass dieser Bericht nicht von einer Einzelperson verfasst wurde. Er ist das Ergebnis einer 13köpfigen Arbeitsgruppe, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertreter aus allen Landesteilen, Finanzwissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und auch Praktikerinnen im Umgang mit Betroffenen ihre Meinungen eingebracht haben. Personen, die das Problem nur vom «Hörensagen» kennen, waren keine dabei.

Ich selber bin als Stadträtin Vorsteherin des Sozialamtes, auch das Arbeitsamt ist mir zugeeignet. Dadurch erlebe ich unmittelbar die Ängste eines 58jährigen verheirateten Grafikers, der seit 12 Monaten arbeitslos ist und trotz intensiven Bemühungen noch keine neue Stelle gefunden hat. Ich kenne aber auch den Diplomhandelschüler, der die Probezeit im Wirtschaftsgymnasium nicht geschafft hat und jetzt erst einmal stempelt, damit er sich locker auf die Autoprüfung vorbereiten kann. Als ich einem ausgesteuerten Plättlileger vorschlug, er könne vorübergehend bei uns im Bauamt jäten, hatte er Tränen in den Augen, weil er sich schon aufgegeben hatte. Grosse Verzweiflung spüre ich aber auch bei unserer Bahnhofswirtin, die fast den Betrieb schliessen muss, weil sie einfach kein Personal findet... Solche Erfahrungen wur-

den in den Bericht eingebracht und in ganz konkreten Massnahmen formuliert, die im vollständigen Text aufgeführt sind.

Realitäten

Zugegeben, das sind keine Visionen; es sind Realitäten. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist aber hier und heute akut: Wir haben 180 000 Arbeitslose und nicht einmal die Hälfte offener Stellen. Unsere Arbeitslosengesetzgebung stammt aus dem Jahre 1984, die Höhe der Leistungen und der Einnahmen sind ausgerichtet auf eine Arbeitslosenzahl von 15 000 pro Jahr in der ganzen Schweiz. Der Schuldenberg der Arbeitslosenkasse wird bis Ende 1994 auf 8 Milliarden Franken anwachsen. Wir brauchen deshalb zunächst Lösungsvorschläge, die Aussicht haben, dass sie unter den aktuellen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen auch realisiert werden können.

Die 77 konkreten Massnahmen, die die FDP in ihrem Be-

richt zur Arbeitslosigkeit präsentiert, tragen alle dazu bei, das Problem der Arbeitslosigkeit zu entschärfen, auch wenn ihnen das Visionäre abgehen mag.

Mit der Wirtschaft

Eines muss uns allen klar sein: Wer unverschuldet seine Arbeit verliert und trotz intensiven Bemühungen keine neue Stelle findet, der muss auf Hilfe zählen können. Der Staat kann aber nur helfen, wenn er Geld hat; und Geld erhält er von den Steuerzahlern, die die Möglichkeit haben, es zu verdienen. Deshalb kann der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft gewonnen werden.

Um die Arbeitslosenquote zu senken, müssen bestehende Arbeitsplätze gesichert und die Schaffung neuer bewusst gefördert werden. Optimale Rahmenbedingungen für den Wirt-

Fortsetzung auf Seite 14



Grossrätin Christine Egerszegi-Obrist ist Stadträtin in Mellingen (AG) und in dieser Funktion verantwortlich für das Sozial- und Arbeitsamt. Für die FDP der Schweiz präsidierte sie die Arbeitsgruppe «Arbeitslosigkeit», welche Mitte April mit einem Bericht «Wege aus der Arbeitslosigkeit» an die Öffentlichkeit trat.

KOLUMNE

Die Gürtellinie der «politischen Kultur»



Was «politische Kultur» ausmacht, wer sie hat und vor allem wer sie nicht hat, ist seit langem Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Meist war sie das, was der politische Gegner nicht hat, und nicht selten diente sie dazu, den eigenen Mangel an sachlichen Argumenten zu verstecken. Beim Umgang mit dem Argument, es fehle dem politischen Gegner an «politischer Kultur», ist deshalb Vorsicht geboten; denn die Versuchung, es als *Alibi* zu benutzen, ist nicht gering. Es kann auch nicht darum gehen, unangenehme gegnerische Sachargumente mit einem Pauschalurteil unter den Tisch zu wischen und damit das Gespräch zu verweigern. Zudem hat sich die Gürtellinie des im demokratischen Meinungsbildungsprozess Zulässigen im Verlaufe der Jahrzehnte immer wieder verschoben.

Aber eine solche Gürtellinie muss existieren, wenn die Demokratie einen Rest von Würde und damit auch ein erträgliches Mass an Achtung ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger behalten soll. «Politische Unkultur» beginnt dort, wo der Respekt vor den rechtsstaatlichen Einrichtungen und den demokratischen Entscheidungsprozessen aufhört und bis zur Neige ausgeschöpfte gesetzliche Freiheiten und Möglichkeiten nur dazu dienen, die eigenen Ziele stur zu verfolgen – auch wenn die Demokratie dadurch gelähmt wird. «Politische Kultur» verlangt, dass man jedem seine eigene politische Meinung zubilligt und ihm trotzdem mit Achtung begegnet. Dass es verschiedene Auffassungen (und Parteien) gibt, gehört zum Wesen einer demokratischen Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Werthierarchien und Interessen. Wichtig ist, dass der Andersdenkende als ein ebenso existenzberechtigter

Teil der Gesellschaft akzeptiert und einer sachlichen Auseinandersetzung mit seinen Ansichten würdig betrachtet wird.

Diese Voraussetzung ist nur gegeben, wenn sich die Auseinandersetzung an gewisse Spielregeln hält und offensichtliche Fouls streng geahndet werden. Schiedsrichter kann dabei nur die öffentliche Meinung sein – es sei denn, der Missgriff sei so gross, dass das Strafrecht bemüht werden kann. In einer traditionell demokratischen Gesellschaft darf aber dem Urteilsvermögen der öffentlichen Meinung einiges zugemutet werden.

Dies ist auch bei den neusten Eskapaden der *Auto-/Freiheitspartei* (FP) zu hoffen. Michael E. Dreher hat im Gegensatz zu seiner gepflegten Erscheinung immer einen Drang zu ungepflegten Äusserungen verspürt. Die «Kulturschaffenden» schlicht und einfach als «Saubande» zu bezeichnen reiht sich nahtlos an seinen berüchtigten «Flammenwerfer»-Spruch an. Auch die Ablehnung der erleichterten Einbürgerung, weil wir Schweizer dadurch zu «Alpennegern» würden, durch René Moser von der FP gehört ins gleiche Kapitel wie auch die Verwendung von Ausdrücken wie «Mafia-Cotti» oder «Asylanten-Koller» an der Delegiertenversammlung dieser Rechtspartei, aber auch ein Titel wie «Gestochener Stich» in einem Karl-Schweri-Inserat. (Ist die FP vollends rechts abgerutscht, weil die Zürcher SVP in ihrem Inseratenjargon nach rechts gerückt ist?)

Solche Entgleisungen verdienen *schonungslos angeprangert* zu werden. Denn sie sind Zeugnisse einer schnoddrigen Respektlosigkeit gegenüber Andersdenkenden und Magistraten. Prinzipien gehen an ihren Übertreibungen zugrunde. Hoffen wir, dass sich auch Exzesse im parteipolitischen Jargon «in den eigenen Schwanz beißen».

Kurt Müller

alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH



Freisinnig-Demokratische Partei
der Schweiz.

Mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz über die Zukunft der Schweiz diskutieren.

Mit Prof. Peter Tschopp, Nationalrat aus Genf, die Zukunft der Sozialpolitik studieren.

Lernen, ein Thema vor Fernsehkameras zu verteidigen.

Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Lehre treffen.

Dies und noch vieles mehr bietet in Neuenburg die Sommeruniversität der FDP vom 22. August bis zum 26. August 1994. Teilnahmeberechtigt sind politisch interessierte Frauen und Männer zwischen 18 und 28 Jahren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter
(031) 311 34 38 (Blaise Roulet).

ANZEIGE



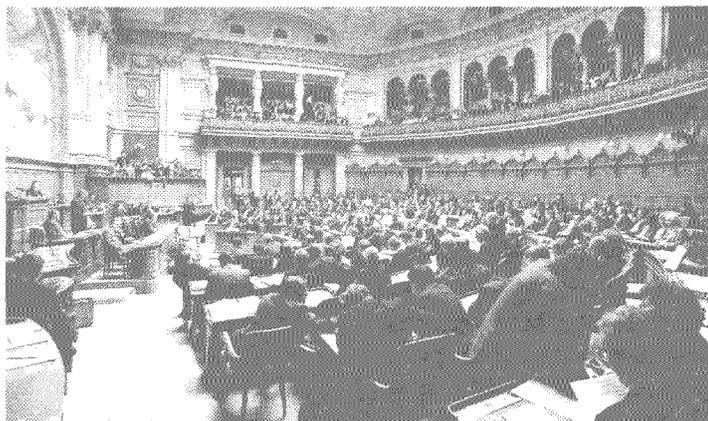
Für die Vermietung und den Verkauf des neuen, aufblasbaren, drehbaren und mit Beleuchtung ausgerüsteten Werbeträgers AIRBAG suchen wir für alle Regionen Schweiz

Stützpunkthändler
Repräsentanten

mit Gebietschutz und grosser Selbständigkeit. Verkäufer aus der Werbebranche mit Vorteil. Kleine Kautions- oder Mieta ist Ihre Leistung – Rest ist Ihr Verdienst.

Interessiert?

Gerne erwarten wir Ihre erste Kontaktnahme unter Telefonnummer (055) 27 09 22, Herr Glaser POP AG, Engelplatz 32, 8640 Rapperswil



Die Beratungen im National- und Ständerat zum revidierten Krankenversicherungsgesetz (KVG) sind erfolgreich abgeschlossen. Die zentralen Anforderungen an das neue Gesetz, wie die Sicherstellung der Solidarität unter den Versicherten und die Schaffung einer neuen Finanzierungsgrundlage für das Gesundheitswesen, sind erfüllt. Trotz breitem Konsens über die Parteigrenzen hinaus wurde dagegen das Referendum ergriffen. Auf Grund einer realistischen Einschätzung der heutigen Situation und nach Abwägen der möglichen Alternativen muss dem neuen KVG zum Durchbruch verholfen werden.

KVG: Der richtige Weg in die Zukunft

Nationalrätin Trix Heberlein

Die soziale Krankenversicherung basiert in wesentlichen Teilen noch immer auf einem Gesetz aus dem Jahre 1911, welches auf Grund der zunehmenden Schwierigkeiten im Gesundheitswesen durch bundesrätliches Dringlichkeitsrecht korrigiert werden musste. Allein aus diesem Grund ist eine rasche Inkraftsetzung des Krankenversicherungsgesetzes zwingend.

Notrecht als Dauerzustand

Ein veraltetes Krankenversicherungsgesetz aus dem Jahre 1911, 1964 revidiert, wird den heutigen Anforderungen und Entwicklungstendenzen im Gesundheitswesen nicht annähernd gerecht. Dessen Mangelhaftigkeit hat zu den niemanden befriedigenden dringlichen Bundesbeschlüssen geführt. Damit wurden eine Begrenzung der jährlichen Prämien erhöhungen und ein Risikoausgleich unter den Kassen durchgesetzt.

Diese als Übergangslösung gedachten Massnahmen sind als dauerhafter Zustand untragbar. Kurzfristig leisten sie zwar einen Beitrag zur Milderung der Prämienbelastung. Tatsächlich aber schaffen sie den Problemen im Gesundheitswesen keine Abhilfe.

Sowohl die Krankenkassen wie auch die Versicherten sind die Geprellten. Die Reservebildung wird ausgehöhlt, indem den Kas-

sen durch wettbewerbsbeschränkende Massnahmen die dazu nötigen Mittel entzogen werden. Ein eigentlicher Prämienstau wird provoziert, der sich, kaum werden die dringlichen Beschlüsse ohne Alternative aufgehoben, in massiven Erhöhungen äussern wird. Je länger das Notrecht anhält, desto deutlicher werden diese Auswirkungen später zum Tragen kommen.

«Gegenvorschlag» der Linken

Die Initiative «für eine gesunde Krankenversicherung» der Sozialdemokraten und des Gewerkschaftsbundes, die eine Finanzierung der Krankenversicherung über Lohnprozente von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlangt, wird von den Initianten als «Gegenvorschlag» zum KVG verstanden. Die Chancen dieser Initiative stiegen mit zunehmender Verzögerung des KVG. Dabei ist sich wohl niemand bewusst, dass eine allfällige Annahme der SP-/SGB-Initiative erneute Gesetzesarbeit erfordern würde – bis zur tatsächlichen Inkraftsetzung würde annähernd ein Jahrzehnt verstreichen. Was geschieht bis dahin? Zurück zum KVG von 1911/1964 oder Fortführung des provisorischen Notrechts bis auf weiteres?

Es gibt nur eine Lösung

In Form des revidierten Krankenversicherungsgesetzes liegt endlich eine Lösung vor, die ausgereift ist und die Grundlage für die

im Verlauf der kommenden Jahre dringend nötigen Verbesserungen im Gesundheitswesen schafft.

Eine Umkehr der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung und des erwünschten medizinischen Fortschritts unrealistisch. Die im neuen Gesetz verankerten Massnahmen versprechen mittelfristig jedoch eine deutliche Abflachung der Kostenkurve. Die im Bericht der Kartellkommission vom Februar 1993 enthaltenen Anregungen zur Verstärkung des Wettbewerbs wurden weitgehend in das Gesetz aufgenommen. Preisabsprachen unter den Leistungserbringern sowie zwischen Leistungserbringern und Versicherten sind stark eingeschränkt.

Parallel zur Steigerung der Solidarität unter den Versicherten wurde mit der Prämien gleichheit für unterschiedliche

Risikogruppen und dem Verbot von Krankheitsvorbehalten ein Instrument zur Erweiterung des Versicherungsmarktes geschaffen. Mit der Einführung der Freizügigkeit bei Versicherungsverwechslungen verliert die Risikostruktur bei den Krankenkassen an Bedeutung. Der Kampf der Krankenkassen um junge, männliche Versicherte, d. h. um eine günstige Risikostruktur, ist damit beendet. Der Wettbewerb wird zunehmend über das Leistungsangebot erfolgen.

Heute steuern Bund und Kantone insgesamt rund zwei Milliarden Franken zur sozialen Krankenversicherung bei. Die Subventionen werden an die Krankenkassen ausgeschüttet und nach dem Giesskannenprinzip zur allgemeinen Prämienverbiligung verwendet. Dieser Missstand soll mit der Einführung des

Fortsetzung auf Seite 15



Nationalrätin Trix Heberlein aus dem zürcherischen Zumikon ist Präsidentin der Vereinigung schweizerischer Krankenhäuser (Veska). Als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vertrat sie in der Fraktion als Leaderin das Krankenversicherungsgesetz.

Für eine umfassende Politik der elektronischen Medien

In der Schweiz gibt es nicht eine Medienpolitik, sondern zwei, drei, viele. Je nach Bedarf, je nach Interessenlage bastelt der frohe Heimwerker im Büro oder in der Amtsstube seine aktuelle Politik und adaptiert sie neu, entsprechend gerade opportunen Tendenzen im Lande. Technologie und Marktmechanismen verändern sich immer schneller, Strategien hinken hinterher. Eigensinn und Krämergeist machen sich oft breit und behindern Entwicklungen, wie sie in andern Ländern im freien Wettbewerb und zusätzlich mit staatlicher Unterstützung in Gang gekommen sind. Wenn in der Schweiz ein Unternehmen etwas Neues bewegt, macht sich bei den Mitbewerbern Neid bemerkbar. Täusche ich mich, wenn ich staatliche Organe zwischen kleinmütiger Duldung und ehrlicher Ratlosigkeit schwanken sehe?

◊ Martin Hennig

Harzig und schleppend vollzog sich die Einführung der heute etablierten Lokalradios. Umständlichkeit und Querelen begleiteten die diversen gescheiterten Privatfernsehprojekte. Und die aktuelle Situation bei der Präsentation von Lokal- und Regionalfernsehprojekten zeigt keine wirkliche Haltungsänderung.

Immerhin eines ist neu: Während die Lokalradiopioniere noch das grosse Lied von Freiheit und Vielfalt in der Medienlandschaft anstimmen mussten, um ihre Anliegen zu vertreten, ist es

heute legitim, vor allem wirtschaftliche Motive ins Feld zu führen, um medienunternehmerische Aktivitäten zu begründen. Mancherorts wird zwar immer noch die Nase gerümpft über Leute, die mit Medienarbeit auch noch Geld verdienen möchten, doch der Untergang des Abendlandes und die Einführung blindwütiger kommerzieller Barbarei werden nicht mehr subito beschworen.

So kann es natürlich fröhlich weitergehen, denn schweizerisches Mittelmass bemäntelt sich gerne als edle Selbstgenügsamkeit. Muss sie aber nicht, für jene, denen das vielleicht nicht genügt.

Eines bleibt gewiss. Staatliche Medienpolitik fühlt sich einem wie auch immer neu umrissenen Gemeinwohl verpflichtet. Strategien der SRG und der privaten Medienunternehmen mögen das ebenfalls für sich beanspruchen. Sie müssen aber darüber hinaus ihre Perspektiven auf den eigenen Nutzen verengen.

Wer einer umfassenden Medienpolitik das Wort redet, kann damit nicht meinen, ein flächendeckendes Regelwerk habe nun jede nur denkbare Eventualität zu berücksichtigen. Von Wildwuchs-Wildwest sind wir auf der anderen Seite so weit entfernt, dass niemand Gefahr läuft, in diese Falle zu tappen. Womit wir nicht weiterkommen, das sind die bloss punktuellen Initiativen und Interventionen. Unternehmerische Schüsse aus der Hüfte sind gut für vergängliche Schlagzeilen, nicht aber für die erstrebte Rendite, weil sie kaum von realen Marktsituationen und -bedürfnissen ausgehen, sondern mehr von vagen Träumen und dem menschlich verständlichen Wunsch nach dem Auch-dabei-Sein. Das Mediengeschäft der Zukunft muss gerade in der kleinen Schweiz auf Gemeinsamkeiten und nicht auf Partikularinteressen setzen.

Die Bescheidenheit beenden

Wenn Silvio Berlusconi vom «Unternehmen Italien» spricht, klingt das gut, aus seinem Mund für manche auch abschreckend. Auf jeden Fall hat er sich programmatisch viel vorgenommen. «Die Schweizer sind besonnene und vorsichtige Leute», sagte der deutsche Medienunternehmer Leo Kirch einmal bei einer Begegnung mit Schweizern. Allzuviel Vorsicht kann auch dazu führen, dass man die eigenen Chancen unterschätzt. Aber in tatsächlich besonnener Gelassenheit hat ein «Unternehmen Schweiz» in vielen Wirtschaftszweigen tatsäch-

lich längst Gestalt angenommen, Gestalt, die international Reputation geniesst. Das gilt auch für Nischen jenseits der Banken, der Chemie und des Tourismus, die alle traditionell über einen positiven Symbolwert verfügen.

Eine der Branchen der Zukunft aber, die Medienwirtschaft, führt hierzulande ein kränkeldes Dasein. Trotz erwähnter Konzeptlosigkeit und Kleinkrämerei herrscht bei uns jedoch ein freundliches, unternehmerischen Aktivitäten wohlgesinntes Klima. Ein «Medienunternehmen Schweiz» müsste die Grenzen des alten Binnenmarktdenkens überwinden. Konzerne wie Ringier, Curti Medien und der Tages-Anzeiger-Konzern, die sich durchaus als Medienunternehmen verstehen, machen es im Printbereich mit ihren USA-, Asien- und Osteuropa-Engagements und mit ihren Beteiligungen im audiovisuellen Bereich vor.

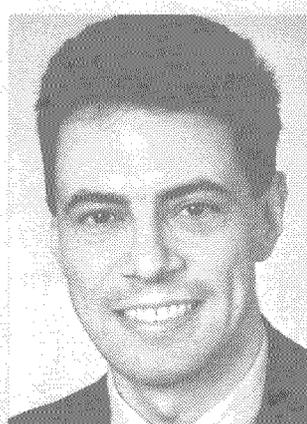
Marktgrösse bestimmt die eigenproduzierten Inhalte

Noch mehr Bedeutung gewinnen wird aber das Medium Fernsehen mit seinem grossen Weiterentwicklungspotential, innerhalb dessen die vielbeschworene Interaktivität nur ein Beispiel ist. Vielleicht blicken wir dabei nicht allzu intensiv zurück auf die gescheiterten kommerziellen Projekte der Vergangenheit. Betrachten wir, was heute vorliegt und was sich abzeichnet.

Lokalfernsehen wird zweifellos auf öffentlich konzessionierter privater Basis stattfinden. In bescheidenem Rahmen ist es durch Veranstalter wie Eden TV und Sputnik TV in Zürich oder mit dem Stadtkanal Basel bereits eingeführt und wird sich zu einem gewissen Ausmass heranzubilden lassen. Lokale und regionale Nachrichtenbilder, hergestellt von einzelnen Unternehmen, die sich vielleicht gar zu



V. l. n. r.: Rudolf Schündler, Jürgen Prochnow in dem Fernsehfilm «Erinnerung an die Leidenschaft» von Martin Hennig (Buch und Regie), produziert in Köln und Umgebung für ZDF (1976).



Martin Hennig

Geboren 1951 in Basel. Handelsdiplom. Von 1971 bis 1983 in München, London und Köln journalistisch tätig für Presse, Radio und Fernsehen, Autor von Drehbüchern, Hörspielen und Romanen, Regisseur von Fernsehfilmen.

1983 bis 1993 in Zürich Dramaturg/Redaktor, Redaktionsleiter und Abteilungsleiter Dramatik beim SF DRS für Serien, Spielfilme und Theater. Gastdozent für Film und Fernsehen u. a. an der Hochschule St. Gallen. Projektleiter Marketing beim SF DRS bis Mai 1994.

Ab 1. Juli 1994: eigenes Unternehmen für fiktionale Programmentwicklung (Spielfilme, Serien) in Zürich und München.

Mitglied der FDP Zürich 7 und des Ausschusses Medienpolitik der FDP Schweiz. ■

einem «network» zusammenschliessen, werden in unsere Stuben flimmern: ein überschaubares Geschäft von durchaus endlicher Grösse.

Wenn man in einem kleinen Markt mit Eigenproduktionen attraktives Fernsehen machen will, gibt es nur eins: auf Informationssendungen setzen. Die Herstellung von eigenen Unterhaltungsshow, Serien und Spielfilmen ist ungleich teurer und, einzig auf den kleinen Markt Schweiz bezogen, nicht rentabel. Daher hat auch das Schweizer Fernsehen seit je vor allem auf Informationssendungen und auf kostengünstige Unterhaltung gesetzt.

Betrachtet man Marktanteile und Einschaltquoten über Jahre und Jahrzehnte, stellt man fest, dass es sich hier um einen Erfolg handelt, der sich sozusagen selbst fortschreibt, weil die weitgehende Konzentration auf das marktgemäss Machbare schliesslich den Erfolg verstärkt. Das Publikum honoriert vor allem Eigenleistung, und die jahrzehntelange Übung informationsjournalistischer Eigenproduktion muss zwangsläufig deren Qualität, Markengesicht und damit wiederum die Akzeptanz steigern.

Qualität ausserhalb des Rampenlichts

Gut und schön, mag man sagen: Die SRG-Unternehmenseinheiten produzieren erfolgreiche journalistische Fernsehprogramme, und private Sender werden variiert dasselbe, vermutlich auch erfolgreich, im Nahbereich praktizieren. Und das soll alles gewesen sein? Nationale Selbstgenügsamkeit gäbe sich hier zu frieden.

Sie übersähe jedoch, dass hinter den bild(schirm)wirksamen Protagonisten SRG-eigene und private Produktionsbetriebe ihre hochqualifizierte Arbeit leisten. Eine Arbeit, die durchaus Exportqualität aufweist. Der Produktionsbetrieb des SF DRS etwa befindet sich in einer mittelfristig angelegten Entwicklung zu einem Profitcenter, dessen Leistungen schon heute den gesamteuropäischen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Überall in der Schweiz sind auch spezialisierte private Dienstleister tätig: Mit Fernsehstudios wie Bellerive in Zürich, Limelight in Schlieren oder Videcom in St. Gallen. Mit zahlreichen Firmen, die eine hochgerüstete elektronische Bearbeitung anbieten. Nicht zu vergessen das legendäre Filmlabor Schwarzlabor Schwarz in Ostermündigen.

Produktionsgesellschaften wie Condor, Carac, Fama, Triluna, Vega, und wie sie alle heissen, produzieren Kinospiele mit in- und ausländischen Geldern. Freilich sind es mehr Förder- und Subventionsmittel, welche diese Produktionswirtschaft des «Schweizer Films» am Leben er-

halten, als die Nachfrage durch ein nationales oder gar internationales Publikum. Aber Kunst bringt Reputation, und eine Branche der Zukunft braucht auch ihre «Forschungs- und Entwicklungsabteilung», einen Zweig also, der dem Nachwuchs ermöglicht, zur schliesslich leistungsorientierten Professionalität zu finden.

Produktionsstandort Schweiz und Exportqualität

Keiner zu klein, Konkurrent zu sein? Irgendwann in naher Zukunft sind viele der schönen marktwirtschaftlichen Grundgedanken relativiert, und es wird für die Schweizer Medienwirtschaft ums Überleben und ans Eingemachte gehen – wenn man sich überhaupt eine Medienwirtschaft leisten will. Darauf zu verzichten hiesse aber, auf ein Stück Zukunft zu verzichten. Eine Gesamtschau tut not und ein Zusammengehen der starken Kräfte: Wo liegen die Stärken, wo die Spezialisierungen, wo ist eine gemeinsame Anstrengung sinnvoll? Wenn die Interessen der privaten Marktteilnehmer scheinbar zu disparat sind, als dass sie über die Zäune ihrer eigenen Gärten sehen mögen, ist ein weitsichtiges staatliches Organ gefordert, das gemeinschaftliche Anstrengungen hin zur Exportqualität zu ermuntern hätte. Die Partei, die dem liberalen Grundgedanken verpflichtet ist, möge hier mindestens inspirierend tätig werden. Wird Wirtschaftsförderung nicht bloss als Protek-

tionismus verstanden, könnte sie dort greifen, wo beliebte Modewörter wie «Innovation» und «Synergie» ihre Anwendung als Investition in die Zukunft am effektivsten erleben würden. Der niederländische Staat beispielsweise half mit, den Produktionsbetrieb des nationalen Fernsehens zur hochkonzurrenzfähigen Produktionsstätte zu entwickeln. Das kann Schweizer Beobachter ganz schön neidisch machen. Vor allem, wenn sie erfahren, dass in den Niederlanden auch englische, deutsche und amerikanische Fernsehproduktionen hergestellt werden. Dies aus zwei ganz einfachen Gründen: wegen der Qualität und Wirtschaftlichkeit der niederländischen Produktion. Dass private niederländische Produzenten in permanenter Kooperation mitwirken, sei nur am Rande erwähnt.

Fazit

Von einem wettbewerbsgerechten Produktionsangebot eines insgesamt gemischtwirtschaftlichen «Medienunternehmens Schweiz» zur Entwicklung eigener exportfähiger Inhalte, sprich eigenentwickelter Programme für den internationalen Markt, wäre es kein kleiner Schritt. Die europäische Konkurrenz schläft indes nicht nur nicht, sie ist hellwach. Die gemeinsame Definition eines zunächst kleinen, sicher feinen audiovisuellen Exportanbieters Schweiz gehört zuoberst auf die Agenda einer neu und umfassender verstandenen Schweizer Medienpolitik. ■



Gillian Parkes und Trevor Bulford in dem Fernsehfilm «Kinder des Ikarus» von Martin Hennig (Buch und Regie), produziert in Pembroke (Südwestwales) für ZDF und SRG (1977).

Neuerscheinung:

Siedlungs- und Baudenkmäler im Kanton Zürich

Herausgegeben von der Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich. Mit einem Geleitwort von Regierungsrat Hans Hofmann und Andreas Pflughard, Denkmalpfleger. Konzipiert, ausgewählt, verfasst und redigiert von Ottavio Clavuot, mit 35 Mitarbeitern.

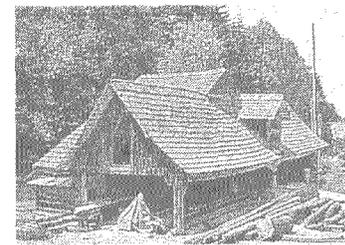
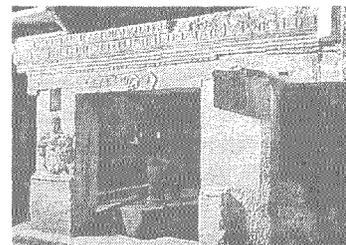
Ein hervorragender Führer zu zahlreichen Zeugen der Kulturgeschichte im Gebiet des Kantons Zürich. Die erste Ausgabe der «Siedlungs- und Baudenkmäler im Kanton Zürich» aus den siebziger Jahren ist trotz Grossauflagen längst vergriffen. Jetzt liegt das nach Umfang verdoppelte und inhaltlich aktualisierte Werk in neuem Gewand vor. Mehr als tausend kommentierte Abbildungen schützens- und erhaltenswerter Bauwerke, eine doppelseitige Übersichtskarte



Ein kulturgeschichtlicher Wegweiser



Siedlungs- und Baudenkmäler im Kanton Zürich



des Kantons und ein ausführliches Register machen die «Siedlungs- und Baudenkmäler» zum idealen Nachschlagwerk in der Schule, zu Hause und zum praktischen Begleiter in Feld und Flur.

Format 13 x 21 cm, 356 Seiten, 1110 Abbildungen und 3 farbige Bilder, Fr. 27.-.

✂ FDP

Bestellschein

Expl. **Siedlungs- und Baudenkmäler im Kanton Zürich**
Fr. 27.- plus Versandkosten

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____ Datum _____
Bitte deutlich schreiben

Th. Gut & Co. Verlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 52 11.



Die zwei Hauptexponentinnen der zweiten Jahrestagung der FDP Frauen Schweiz in Baden: Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, und Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin der Vereinigung «FDP Frauen Schweiz» (rechts). (Photo Madeleine Kuhn-Baer)

Frauen nicht fördern, sondern mehr beteiligen!

«Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich nur mit Hilfe der gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Mann und Frau verwirklichen.» Dies betonte Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, anlässlich der zweiten Jahrestagung der FDP Frauen Schweiz in Baden zum Thema «Frauen zwischen Familie und Beruf». Sie forderte Taten, da der Sonntagsreden nun genug seien.

◉ Madeleine Kuhn-Baer*

«Mit unserer Kompetenz aus Bildung, Ausbildung, Familientätigkeit und öffentlicher Arbeit brauchen wir Frauen nicht länger Förderung, sondern mehr Beteiligung», forderte die Referentin in ihrem engagierten Plädoyer vor rund 400 Frauen und einzelnen Männern im Gemeinschaftshaus Martinsberg in Baden. Grundvoraussetzung für eine bessere Beteiligung sei endlich zu begreifen, dass Frauen geschlechtlich anders, aber in allen Bereichen gleichwertig seien.

Gesellschaft umgestalten

Für Prof. Dr. Rita Süßmuth ist es wichtig, dass Frauen ihre andere

* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauengruppe des Kantons Glarus.

Lebenserfahrung in die Gesellschaft einbringen: «Wir brauchen eine gänzliche Umgestaltung der Gesellschaft, damit Frauen und Männer eine Zukunft haben.» Europa werde immer unfähiger, das Zusammenleben wirklich zu organisieren und so zu gestalten, dass das Menschliche nicht auf der Strecke bleibe: «Wir haben nur geringe Erfahrungen in menschlichen Effizienzrechnungen, sonst hätten wir vieles anders gestaltet. Dringender denn je brauchen wir die Sichtweisen und Erfahrungen der Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um zusammen aus Krisen und Stagnationen herauszufinden.»

Die Konfliktsituation besteht für die Präsidentin des Deutschen Bundestages darin, dass den Frauen zumeist die Entscheidung für Familie oder Beruf

bzw. für Familie und Beruf obliegt: «Dreh- und Angelpunkt für die Schwierigkeiten ist die Kinderfrage, nicht das Frausein.» Die berufliche Karriere der Frau werde in hohem Masse durch ihre häuslichen und familiären Pflichten beeinträchtigt und gehemmt. Dabei sei dieser Konflikt um so intensiver, je höher die Frau auf der Karriereleiter steige: Für die Untervertretung der Frauen in Führungspositionen unserer Wirtschaft seien keineswegs mangelnde Kompetenz oder mangelndes Interesse verantwortlich, sondern die nach wie vor ungelöste Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Notwendigkeit der Frauen im Berufsleben begründete sie mit der Tatsache, dass sich die Unternehmensphilosophie mehr und mehr an ganzheitlichem Denken in wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen orientiere. Gefordert sei neben fachlicher auch soziale Kompetenz, was in hohem Masse den Frauen zugeschrieben werde: Frauen gingen anders vor, um Probleme zu lösen, und besäßen eine geistige Führungskraft.

Ein voller Erfolg!

mb. Mit 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die von Franziska Frey-Wettstein aus Zürich geleitete zweite Jahrestagung der FDP Frauen Schweiz in Baden ein voller Erfolg. Thema war das Spannungsfeld «Frauen zwischen Familie und Beruf: Zu hohe Belastung oder sinnvolle Ergänzung?».

Als Höhepunkt entpuppte sich das Referat von Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages (siehe Separatbericht). Zuvor hatte Anita Calonder Gerster, Betriebspsychologin IAP/SFP, qualifizierte Leistungen im Umfeld der Familie und deren Transfer in die Berufswelt beleuchtet. Sie stellte dabei den volkswirtschaftlichen Wert der Familienarbeit in den Vordergrund.

In einer anschliessenden Podiumsdiskussion wurden Wertschätzung und Erfahrung aus den Bereichen Familie, Gesundheit, Elternbildung und gemeinnützige Arbeit erörtert. Als Fachfrauen hatten sich neben Anita Calonder Gerster Lotti Pfister, Geschäftsleiterin Rotes Kreuz Zürich, Aki Senn-Maier von der Aargauischen Erwachsenen- und Elternbildung sowie Karin Mercier, Vizepräsidentin des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins, zur Verfügung gestellt.

Der zweite Tag stand im Zeichen von Gruppenarbeit. Die Podiumsteilnehmerinnen hatten Thesen erarbeitet, deren Umsetzung in die politische Arbeit diskutiert wurde.

Wir kommen auf die Tagung in der nächsten Ausgabe des «Freisinns» zurück. ■

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Alle Optionen offenhalten

Entscheidend ist gemäss der Referentin, dass die Gesellschaft alle Optionen offenhält, die eine gleichberechtigte Partnerschaft im privaten wie im öffentlichen Leben erlauben. Hiefür sind Rahmenbedingungen notwendig, Hemmnisse und Hürden müssen abgebaut werden. Im privaten Bereich ist zum Beispiel die partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau in Haushalt und Familie eine der Grundvoraussetzungen für ein berufliches Engagement der verheirateten Frauen und Mütter im Berufsleben.

«Frauenförderung ist aber nicht allein Privatsache», betonte Prof. Dr. Rita Süssmuth, «sie ist eine zentrale sozialpolitische Förderung für alle Lebensbereiche geworden.» Dazu gehören Massnahmen in Politik und Wirtschaft wie beispielsweise eine Aufwertung der Familientätigkeit im Steuer- und im Sozialrecht, die Möglichkeit zur zeitlichen Koordination von Teilzeitarbeit und Betreuungsaufgaben, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, flexible Arbeitszeitgestaltung, mehr Teilzeitstellen, Beurlaubung aus familiären Gründen, keine Altersgrenzen für die berufliche Wiedereingliederung, integrierte Weiterbildungskonzepte usw.

Generell müssten die Partizipationsmodelle im Beruf und im öffentlichen Leben so ausgestaltet sein, dass sie die Familie stärker einbezögen. «Derzeit hat sich die Familie nach allen anderen Lebensbereichen zu organisieren. Das umgekehrte Denken ist notwendig, denn Investitionen in die Familie in Form von Zeit und

Geld sind Zukunftsinvestitionen», meinte die Referentin.

Es sei zwar sehr viel zu tun, aber wir steckten mittendrin, betonte Prof. Dr. Rita Süssmuth zum Schluss und forderte auch die Schweizer Frauen auf, nicht nachzulassen! Ein kräftiger, langanhaltender Applaus zeigte, dass sie mit ihren rhetorisch brillant vorgetragenen Ausführungen die FDP-Frauen voll überzeugt und zum Weitermachen motiviert hatte. ■

COMMUNIQUÉ

Ja zum Rentenalter 64 für Frauen

An der zweiten Jahrestagung der FDP Frauen Schweiz in Baden haben sich die in grosser Zahl anwesenden freisinnigen Frauen in einer Konsultativabstimmung deutlich zugunsten der 10. AHV-Revision ausgesprochen. Diese bringt fast 20 Jahre nach der letzten Revision endlich die Erfüllung sämtlicher geschlechtsspezifischer Anliegen, für deren Verwirklichung sich die Frauen seit langem einsetzen. Eine neue Rentenformel und ein grosszügiger Erziehungs- und Betreuungsbonus sorgen bei den Leistungen an die Versicherten mit einem niedrigen Einkommen für deutliche Verbesserungen. Die heutigen Nachteile für die geschiedenen Frauen verschwinden. Es wird eine Witwerrente geschaffen, und nicht zuletzt wird das sozialpolitisch wichtige Instrument des flexiblen Altersrücktrittes für Männer und Frauen eingeführt.

Diesen klaren Fortschritten steht eine schrittweise Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre ab dem nächsten Jahrhundert gegenüber. Der Rechtsanspruch der Frauen auf den Rücktritt mit 62 Jahren wird jedoch beibehalten. Rentenkürzungen als Folge eines vorzeitigen Rücktrittes werden bei den niedrigen Einkommen teilweise auf Grund der erwähnten Verbesserungen kompensiert. Sollten dennoch finanzielle Probleme entstehen, greifen bei Männern und Frauen die Ergänzungsleistungen ein.

Nachdem der Ständerat die sozialpolitisch nicht vertretbare

Ungleichbehandlung von Alt- und Neurentnern korrigiert hat, liegt eine ausgewogene und sozialpolitisch gut abgefederte Gesetzesvorlage vor, welche die volle Unterstützung der FDP Frauen Schweiz findet. Die freisinnigen Frauen setzen jedoch voraus, dass bei der tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung insbesondere auch im Berufsleben nun zügig Verbesserungen erfolgen.

Eine Teilung der Vorlage lehnen die FDP Frauen Schweiz strikte ab. Angesichts des klaren Verfassungsauftrages und der dramatisch veränderten Bevölkerungsstruktur geht es nicht an, bei der Neugestaltung des AHV-Systems nur die Rosinen herauszupicken. ■

Fortsetzung von Seite 7

schaftsstandort Schweiz sowie gesunde Bundesfinanzen sind Voraussetzungen für den Aufschwung und die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt.

Diese Aussagen sind tatsächlich nichts Neues für unsere Partei, aber sie müssen mit Vehemenz bestätigt werden und durch die geforderten Massnahmen im Bericht auf jeder Ebene umgesetzt werden.

Ich möchte Herrn Stämpfli danken für seine Offenheit, mit der er in seinem Leserbrief etwas aufgreift, was nicht nur Arbeitslose, sondern auch alle Pensionierte und «Vollzeithausfrauen» stört: Sie alle haben bei der Rubrik «Arbeitgeber / Stellung» einfach nichts hinzuzufügen und empfinden dies oft als Herabstufung in der Gesellschaft. Hier wäre ein Umdenken nötig. ■

VORSTAND

Wechsel

mb. Barbara Maienfisch-Rüfli aus Solothurn, Katharina Lauterburg-Schnyder aus Uettiligen und Madeleine Kuhn-Baer aus Glarus ziehen neu in den Vorstand der Vereinigung «FDP Frauen Schweiz» ein. Sie wurden an der Delegiertenversammlung in Baden in globo gewählt und ersetzen die ausgetretenen Vorstandsmitglieder Esther Rychiger, Steffisburg, und Ursula Schmid, Schaffhausen.

Neben der Erledigung der statuarischen Traktanden nahmen die rund sechzig anwesenden FDP-Frauen Kenntnis vom Namenswechsel und vom neuen Erscheinungsbild der bisherigen SVFF. Sie äuserten sich sehr zufrieden über den neuen Prospekt und die neuen Plakate.

Die Mitgliederbeiträge blieben trotz einem Rückschlag in der Jahresrechnung unverändert. Der Vorstand unter Leitung von Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin aus Zürich, erhielt ferner den Auftrag, der Frage einer allfälligen Benützung des FDP-Generalsekretariates weiter nachzugehen. ■

Ich bin überzeugt, dass die Wege aus der Arbeitslosigkeit gemeinsam gebaut werden müssen. Dazu sind auch alle Erfahrungen wertvoll. Ich bitte um aktive Mitarbeit in unserer Partei. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten
Erbbaueingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition
Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Festakt 17.09.94

100 Jahre
1894 **FDP** 1994



Freiheitsberaubung

Vor kurzem ohne Probleme, mit vielen schönen Eindrücken aus den Ferien in Thailand zurückgekehrt, wurde mir im Hauptbahnhof Zürich meine Reisetasche gestohlen. Die Zusammenarbeit der drei ausländischen Ganoven funktionierte ausgezeichnet. Am meisten ärgert mich der Verlust von rund hundert Photos mit Aufnahmen, speziell von Kindern, die sich nicht wiederholen lassen.

Aussagen der Polizei in Zürich, bei der solche Delikte zum gewöhnlichen Alltagskram gehören, bestätigen meine Befürchtungen, dass sehr viele Polizisten enttäuscht und frustriert sind. Begreiflich, wenn oft der Polizist der Prügelknabe ist und der Kriminelle geschont wird. Im Interesse der Sicherheit gilt es, der Polizei den Rücken zu stärken. Bei uns zu Hause wurde zweimal

durch Täter aus dem Ausland eingebrochen. Zuerst am späten Abend und dann am hellichten Tage. Viel schlimmer als Verlust und Beschädigung war für uns die «Freiheitsberaubung». Es machte uns traurig und wütend, dass man sich im eigenen Heim nicht mehr geborgen und sicher fühlen kann. Wie weit haben wir es gebracht, wenn wir unsere Häuser mit Alarmanlagen sichern müssen, die Bevölkerung Angst hat, wenn es dunkel wird, Frauen sich nicht mehr in Parkhäuser wagen, man sich in unseren Städten, öffentlichen Anlagen, Bahnhöfen usw. nicht mehr sicher fühlt!

Ich bin alles andere als fremdenfeindlich. Aber ich stehe zu meinem Leitsatz: Kriminelle Ausländer (und Schweizer!) kann man nicht hart genug, wirklich Notleidende und Hilfsesu-

chende nicht gut genug behandeln.

Wenn es so weitergeht, wachsen Fremdenhass und Rechts extremismus. Man wirft alle in den gleichen Topf und darunter leidet dann in erster Linie die grosse Mehrheit der anständigen Ausländer.

Unsere Gefängnisse sind überfüllt; in geschlossenen Anstalten beträgt der Anteil ausländischer Straftäter etwa achtzig Prozent und in den übrigen Gefängnissen fünfzig bis sechzig Prozent. Aber solange diese für viele Insassen aus armen Ländern das Paradies auf Erden bedeuten, wird sich nichts ändern. Im Gegenteil, ich hege grösste Befürchtungen, dass es noch schlimmer wird. Warum z. B. nicht Arbeitslager mit einfacher, zweckmässiger Unterkunft und Verpflegung? Doch wahrscheinlich gehören

Fortsetzung von Seite 9

neuen Krankenversicherungsgesetzes behoben werden. Zukünftig werden die Mittel so verteilt, dass gezielt finanziell schwache Versicherte unterstützt werden. Massstab ist das Verhältnis der jährlichen Prämienbelastung zum Einkommen, welches einen gewissen Prozentsatz nicht übersteigen darf.

Fazit

Nur das neue Krankenversicherungsgesetz kann in seinen wirtschaftlichen wie auch sozialen Komponenten der erwarteten Entwicklung im Gesundheitswesen gerecht werden. Ein Nichtinkrafttreten müsste als Absage an all diejenigen, die sich in langjähriger Gesetzesarbeit um eine vernünftige und realistische Lösung bemüht haben, gewertet werden. Das neue Krankenversicherungsgesetz ist der richtige Weg in die Zukunft. Ein Zurück zum Status quo können wir uns nicht leisten. ■

Fall Grüninger

Das rechte Parteispektrum der Schweiz wird meiner Meinung nach von einem unheilvollen «Rechtsrutsch» eingeholt und überrollt, ohne dass dies ernsthaft zur Kenntnis genommen wird. Gegenwärtig ist in der Schweiz auch der Film «Schindler's List» angelaufen und vor allem von Jugendlichen mit grossem Entsetzen gesehen und kommentiert worden. Wie war das alles nur möglich? Dass es sich ein grosses Verlagshaus des Kantons Aargau erlauben kann, einen Bericht im «Cash» über eine Aufzugsfirma mit «Schindler's Lift» zu übertiteln, ist nicht nur äusserst geschmacklos, sondern auch sehr beängstigend im Umgang mit der jüngeren Generation.

Und nun zu meinem eigentlichen Anliegen: Da ist noch St. Gallen und der Fall Hauptmann Grüninger, jener Polizeioffizier, der bis heute nicht rehabilitiert ist. An diesem Ent-

scheid, der erst vor kurzem gefällt worden ist, waren meines Wissens mindestens drei FDP-Leute mitverantwortlich und mitschuldig. Wohl «Betonköpfe», wie die «Weltwoche» dazu meinte, aber doch schlicht unentschuldigbar. Für die heutigen Politiker scheint der tragische Fall Grüninger bereits ein juristisches Detail geworden zu sein. Für mich persönlich nicht akzeptabel.

Und nun findet sich die Jugend von heute plötzlich mit diesem Abschnitt der Weltgeschichte konfrontiert – ist entsetzt und sprachlos. Und unsere ältere Generation erlaubt sich fast gleichzeitig historische Schludrigkeiten, die man eigentlich gar nicht mehr für möglich gehalten hätte. Als Schularzt und Kinderarzt stehe ich nun plötzlich zwischendrin: auf der einen Seite der sorglose Umgang unserer Generation mit der Geschichte – auf der andern Seite das fas-

heute ein Fernseher und der Achtstundentag zu den Grundrechten des Menschen! – Oder sollte man die Prügelstrafe einführen, wie sie u. a. in Singapur (zum Entsetzen vieler Länder) immer noch mit Erfolg praktiziert wird? Spass beiseite, die Sache ist zu ernst!

In der Septembersession vergangenen Jahres habe ich, zusammen mit 34 Mitunterzeichnern im Grossen Rat eine Interpellation betreffend kriminelle Asylbewerber eingereicht. Diese wurde in der Dezembersession 1993 durch die Regierung beantwortet. Die Medien (mit Ausnahme von Radio Piz Corvatsch) schenken der Angelegenheit kaum Beachtung. Aber sie haben ja auch über «wichtigere» Dinge zu berichten.

Nun, solange es auch im Bundesparlament noch Politiker gibt, die das ernste Problem verharmlosen, sehe ich schwarz.

Taten statt Worte!

Johann Georg Walt,
Grossrat, Thuisis

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

sungslose Fragen und Erkennen der Jungen.

Ich habe die winzig kleine Hoffnung, dass Sie einmal bei Gelegenheit mit den Kollegen in St. Gallen darüber ins Gespräch kommen könnten.

Dr. med. M. J. Mettler, Aarau

DAS TOP-ANGEBOT FÜR FDP-LESER(INNEN)

Fasten- und Vitalkuren auf Schloss Steinegg

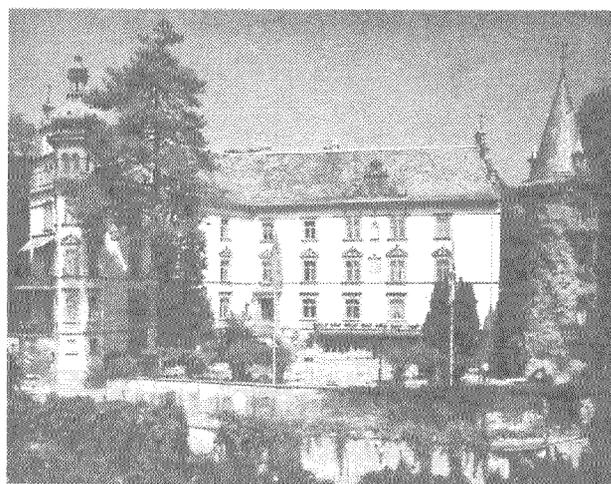
Tage der Heiterkeit

Am sonnigen Südhang des Bodenseerückens gelegen, ist Schloss Steinegg eine fröhliche Gesundheitsoase mit über 90jähriger Fastenerfahrung. Fasten- und Vitalkuren regenerieren, entschlacken und verringern Ihr Gewicht um vier bis sieben Kilos. Sie werden gesund, schlank, lebensfreudig und vital. Ärzte und Kurleitung betreuen Sie persönlich. Für die Zeit nach der Kur sorgt der Steinegg-Gesundheits-Club.

Die 10tägigen Kuren mit Kräutertees, Mittagssuppen, Gemüsesäften und frischer Molke sowie einer ausgewogenen Aufbaudiät werden durch Massagen, Bäder, Dauerbrause, Wickel und Gymnastik usw. ergänzt. Lassen Sie sich auch mit Kosmetik, Pedicure, A. T. verwöhnen.

Durch die Gemeinsamkeit beim Fasten entsteht eine positive Gruppendynamik. Begleitete Spaziergänge, geführte Wanderungen und Ausflüge, Fitness, Sport und Veranstaltungen führen zu einer fröhlichen Begegnung unter den Kurgästen. Aber auch für Ruhe zur Selbstbesinnung ist gesorgt. Etwas vom Schönsten, was Sie auf Schloss Steinegg tun können, ist nichts tun.

Wir vertreten unsere Fastenphilosophie der ganzheitlichen Gesundheit aus innerer Überzeugung. Fasten- und Vitalkuren sind



ein wunderschönes Erlebnis; Sie geniessen es wunschschloss glücklich und mit einer heiteren Gelassenheit des Gemütes. Es sind 10 Tage, die das Format verändern.

Lassen Sie sich von unserer Dokumentation überzeugen – wir freuen uns auf Sie:

Schloss Steinegg – Kurhotel
8536 Hüttwilen/Thurgau

Telefon (054) 747 14 81
Fax (054) 747 15 00

L OGENPLATZ AUF DEM SEE UND SIE WERDEN AUF DEN WELLEN IN DIE
ZUKUNFT UNSERER SENIOREN-RESIDENZ GETRAGEN.

Hier steht im nächsten Herbst eine Welt wie aus einer anderen Welt. Dürfen wir
Sie einladen, Bilder der entstehenden Seniorenresidenz zu entwerfen.

PARK
RESIDENZ
MEILEN

Fantasievolle. Schöne. Unaustauschbare.

C O U P O N

Bitte senden Sie mir Ihre Dokumentation.
Einsenden an: SRM Meilen AG
c/o Schweizerische Bankgesellschaft, AFIM
Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich NZZ-7B1

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____



«Die Dimension «Schweiz» gehörte eh und je zu meinem Blickfeld»

Seit Anfang 1993 gibt es in Südafrika eine Sektion der FDP. Von Dr. Pio Eggstein, einem bedeutenden Unternehmer, der seit 1952 in Südafrika lebt, wollten wir wissen, wie sich das Parteileben entwickelt und wie ein Auslandschweizer die politischen Umwälzungen der jüngsten Vergangenheit erlebt hat.

Die Sektion Südafrika der FDP Schweiz International: Wann wurde sie gegründet, wie viele Mitglieder umfasst sie? Was sind ihre Ziele, was die Schwerpunkte der Parteitätigkeit?

Pio G. Eggstein: «Die Sektion Südafrika wurde im Februar 1993 gegründet, nachdem den Auslandschweizern durch eine eidgenössische Abstimmung das Stimmrecht in Bundesangelegenheiten eingeräumt worden war. Die Sektion bezweckt, die Mitglieder über die politische und allgemeine Entwicklung der Schweiz im Sinne der FDP auf dem laufenden zu halten und die politischen Interessen dieser Mitglieder nötigenfalls in der Schweiz zu vertreten.

Jeden Monat wird eine Versammlung im Schweizer Klub abgehalten, wobei speziell Stimmparolen und Abstimmungsergebnisse kommentiert werden. Filmreportagen und staatsbürgerlicher Unterricht gehören zum normalen Programm.

Die Sektion umfasst rund dreissig Mitglieder. Die meisten sind mit südafrikanischen Ablegern schweizerischer Firmen verbunden. Sie haben früher in der Schweiz gelebt und planen, über kurz oder lang ihren Wohnsitz wieder dorthin zu verlegen.

Somit sind sie an der Entwicklung ihres Vaterlandes direkt interessiert. In der westlichen Wirtschafts- und Stadtkultur ist die internationale Mobilität der einzelnen Bürger alltäglich geworden und hat den Unterschied zwischen temporären und permanenten Auslandschweizern verwischt.»



Dr. Pio G. Eggstein: «Unter den ansässigen Schweizern ist der Wahlausgang im allgemeinen positiv beurteilt worden.»

Sie selber leben aber schon mehr als vierzig Jahre in Südafrika und können doch nicht mehr als «temporärer» Auslandschweizer klassifiziert werden?

Pio G. Eggstein: «Ja und nein! Als ich 1952 mit einem Lehrauftrag an die Universität Kapstadt kam, verliess ich die Schweiz nicht als Auswanderer mit dem Ziel einer permanenten Residenz im Ausland. Nach Ablauf des dreijährigen Vertrags bin ich hier einfach hängengeblieben. Allerdings war ich stets für Schweizer Firmen tätig und überzeugt, später einmal zurückzukehren.

Südafrika befand sich damals in einer rasanten Wirtschaftsentwicklung. Unter dem äusseren Druck der USA und dem internen Druck der Labour Party hatte Grossbritannien seine Monopolstellung in den Kolonien aufgegeben. Lokale und Unternehmen aus Drittländern wie der Schweiz drückten in diese Bresche. Das Rassenproblem kündigte sich

erst als schwaches Wetterleuchten an; denn fast zwei Drittel der Schwarzen lebten noch abseits in naturalwirtschaftlichen Stammesgemeinschaften, und von der bevorstehenden Bevölkerungsexplosion war kaum etwas zu spüren. Eine grosse Schweizer Firma nach der andern schaltete sich durch Exporte von Gütern und Diensten ein, gründete Niederlassungen oder kaufte lokale Firmen.

Die Schweizerische Kreditanstalt vertraute mir den Aufbau ihrer südafrikanischen Vertretung an, die Fédération Horlogère Suisse ihre Repräsentanz. Die Schweizerische Rückversicherung, Schindler Lifts, Sulzer und die Züllig-Gruppe zogen mich auf Verwaltungsratsebene bei.

Von etwa 1960 an waren meine Kollegen und ich für mehr als drei Jahrzehnte bemüht, die Strategien ansässiger Schweizer Firmen so zu koordinieren, dass wir uns aus den politischen Auseinandersetzungen, vor allem aus den rechts- und linksradikalen Randgruppen, heraushalten konnten. Kurz, die Dimension «Schweiz» gehörte eh und je zu meinem Blickfeld.»

Und welche Rolle hat nun die FDP Schweiz dabei gespielt?

Pio G. Eggstein: «Als einem früheren Mitglied der FDP in Luzern war mir der ideologische Hintergrund der Partei vertraut. In der Auseinandersetzung der Afrikaner (Buren) mit dem Kolonialismus Grossbritanniens und in der späteren Auseinandersetzung der Schwarzen mit dem Kolonialismus der Afrikaner sympathisierte man mit den Parteigängern der Emanzipation.

Problematischer wurde diese Stellungnahme, als sich angeblich progressive Freiheitskämpfer im Kalten Kriege zwischen Ost und West mit den marxistischen

Revolutionären zu identifizieren begannen. Jetzt war der sogenannte Liberale plötzlich mit zwei Gegnern konfrontiert. Beide waren der politischen Freiheit des Einzelbürgers und der offenen Marktwirtschaft abhold. Damit war auch die weitere Entfaltung der Schweizer Firmen, die sich voll Hoffnung und guten Glaubens im südafrikanischen Markt engagiert hatten, bedroht.

Schon lange vor der formellen Gründung der südafrikanischen Sektion der FDP propagierte das Gros schweizerischer Geschäftsleute in ihren Public Relations das Gedankengut dieser Partei; denn die Verwirklichung des liberalen Leitbildes wurde als Vorbedingung einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung verstanden.

Das Wirken der FDP-Sektion in Johannesburg wird nun die hiesigen Firmenleiter anregen, verstärkt für eine freie Marktwirtschaft und damit für eine neue Entwicklungsphase der schweizerischen Präsenz einzutreten.»

Und wie beurteilen Sie die Aussichten der Schweizer Unternehmen nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika, welche den African National Congress (ANC) und seine kommunistischen Parteigänger in den Sattel gehoben haben?

Pio G. Eggstein: «Unter den ansässigen Schweizern ist der Wahlausgang im allgemeinen positiv beurteilt worden. Dass die Stadt-schwarzen, welche zusehends Träger der politischen Entwicklung werden, die Verantwortung für deren Kurs übernehmen, ist notwendig. Andererseits wäre die Mehrheit der Bevölkerung verunsichert worden, wenn der ANC eine Zweidrittelmehrheit und damit die Befugnis erlangt hätte, ohne Zustimmung der andern Parteien die endgültige Verfas-

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

sung aufzustellen und in Kraft zu setzen.

Für die nächsten fünf Jahre wird nun eine Koalitionsregierung der drei grössten Parteien – allerdings mit einer ANC-Mehrheit – im Amt sein, d. h. lange genug, um die Basis für eine demokratische Zusammenarbeit einzuspielen und das Risiko einer marxistischen Einparteien-Diktatur zu vermindern.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist natürlich auch der Kommunistischen Partei Südafrikas die Machtbasis entzogen worden. Uns Schweizer stört allerdings immer noch ihr unterschwelliges Eintreten für dominierende Staatsbefugtheit und eine zentrale Planwirtschaft. In den verfassungsrechtlichen Vorverhandlungen ist es ihr gelungen, einen echten Föderalismus zu unterbinden, und bei der Besetzung der Ministerposten ihren Parteimitgliedern und -sympathisanten die Schlüsselportfolios zu sichern.

Die KPSA findet eine Resonanz unter den rund drei Millionen verstädterten, wurzellosen jugendlichen Schwarzen, die nichts gelernt haben, arbeitslos und somit demagogischen Einflüssen preisgegeben sind. Im Grunde sind sie Anarchisten und dürsten nach gewaltsamen Enteignungen.

Als Gegengewicht wirken die strukturierten traditionellen schwarzen und weissen Gemeinschaften. Eine wachsende Zahl von ihnen verfolgt die chaotischen Ereignisse in Schwarzafrika und weiss um die materielle Besserstellung der west-

lichen Demokratien, wo die Marktwirtschaft herrscht.

Persönlich bin ich überzeugt, dass Nelson Mandela und seine Regierung ernsthaft bemüht sind, durch ihren konstruktiven Einsatz die Jugendlichen und Arbeitslosen in ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum einzugliedern und sich die Mitarbeit ihrer einstigen Gegner zu sichern. Wirtschaftliche Sachzwänge werden die neue Regierung davon abhalten, durch Enteignungen, massive Steuern und andere Massnahmen marxistischen Gepräges Südafrika erneut zu isolieren.

Das Land ist derart abhängig vom internationalen Handel, von Auslandsinvestitionen und von Zuwendungen aus Drittstaaten, dass es notgedrungen die Weltmeinung respektieren muss. Nur dann kann sich die Wirtschaft erholen und die Mittel aufbringen, welche benötigt werden für die Einlösung der Wahlversprechen.»

Glauben Sie somit an eine Verstärkung der Schweizerkolonie und unserer wirtschaftlichen Präsenz?

Pio G. Eggstein: «Vielleicht in einem späteren Zeitpunkt. Südafrika beherbergt etwa 9500 Schweizer. Einige sind in den letzten Jahren abgewandert; aber diese Verluste wurden weitgehend wettgemacht durch Kinder von schweizerischen Müttern und ausländischen Vätern, die sich jetzt für das Schweizer Bürgerrecht qualifizieren. Bei der anhaltenden Unsicherheit kann nicht mit einem nennenswerten Zuwachs von Immigranten gerechnet werden.



AIRBAG – ein neuer Werbeträger



Anlässlich der letzten Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Brunnen wurde zum erstenmal in der Schweiz der neueste mobile Werbeträger vorgestellt: der Airbag. Er ist handlich, mobil und garantiert für höchste Aufmerksamkeit. Der Airbag ist eine technisch ausgereifte aufblasbare Werbesäule mit einer stattlichen Höhe von 2,50 m, bzw. 3,50 m. Durch seinen Dreheffekt und

die Innenbeleuchtung (300 W) wird die Beachtung enorm. Die aufblasbare Hülle kann beliebig beschriftet werden für mehrmaligen Gebrauch. Natürlich kann sie auch bedruckt werden für längere Werbekampagnen. Die Hülle kann ausgetauscht werden, damit verschiedene Sujets mit dem gleichen Unterteil je nach Anlass eingesetzt werden können. In Österreich seit dem Herbst 1993 auf dem Markt, ist der Airbag in der Schweiz unmittel-

bar vor seiner Einführung. Ein ausgeklügeltes Marketing- und Verkaufskonzept, in Österreich erfolgreich aufgebaut, soll in der Schweiz ebenfalls angewendet werden und garantiert, dass dieser Werbeträger in allen Landesteilen ab sofort angeboten werden kann. Kontaktstelle für die Schweiz: Airbag Schweiz, R. Glaser, 8640 Rapperswil, (055) 27 09 22. ■

Von den schweizerischen Firmen haben sich nur ganz wenige abgesetzt. Die verbliebenen verzeichneten fast ausnahmslos einen Aufschwung im letzten Semester. Grössere Investitionen werden jedoch zurückgestellt, bis der neue Regierungskurs feststeht.

Nach Grossbritannien, Deutschland, den USA und Frankreich steht die Schweiz als Anlegerland im fünften Rang. Dank ihrer Drehscheibenfunktion im internationalen Gold- und Diamantenhandel nimmt sie bei den südafrikanischen Exporten sogar eine Spitzenstellung ein.

Die Voraussetzungen für eine Ausdehnung unserer Position sind somit gegeben. Sofern Südafrikas Regierung der nationalen Einheit auf populistische Links-

eskapaden verzichtet und eine solide, marktorientierte Wirtschaftspolitik befolgt, bieten sich den schweizerischen Firmen echte Chancen. Etwas Schützenhilfe seitens unserer Behörden könnte nachhelfen.» ■

KURZ NOTIERT

Abstimmungsdaten 1995

Der Bundesrat hat die Abstimmungsdaten für das nächste Jahr festgelegt. Wegen der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995 finden weniger Volksabstimmungen als üblich statt. Definitiv sind der 12. März und der 25. Juni für Urnengänge vorgesehen. Falls notwendig, ist auch der 26. November möglich. ■

Wege aus der Arbeitslosigkeit

Statt teure staatliche Beschäftigungsprogramme will die FDP Lösungen an der Wurzel:

1. Arbeitsplätze in der Schweiz behalten

Wahrung unserer Exportstärken durch das GATT-Welthandelsabkommen, durch Abbau der Reglementierungsdichte und Bremsung der Lohnabgaben.

2. Arbeit freier gestalten

Sicherung eines funktionierenden Arbeitsmarktes durch Schaffung von Freiräumen für neue Arbeitszeit- und Beschäftigungsmodelle und durch volle Freizügigkeit im Pensionswesen.

Bestellen Sie mit Talon oder Telefon 031-311 34 38, FDP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Name
Strasse
PLZ/Ort

3. Arbeitslosenversicherung umbauen

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nach den Bedürfnissen gestalten. Mehr Anreize für Flexibilität und Leistungswillen des Einzelnen. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch unterstützte Praktikumsstellen.

Mehr darüber im ausführlichen Bericht der FDP: „Wege aus der Arbeitslosigkeit“



Zwillingpartnerschaften zwischen FDP-Ortssektionen

Ausgehend von einer Initiative des Ausschusses Kultur- und Bildungspolitik der FDP der Schweiz unter dem Präsidium von Nationalrat François Loeb, haben wir uns zu Beginn dieses Jahres mit einem Aufruf zur Bildung von Zwillingpartnerschaften an die Ortssektionen gewandt. Wie sieht das Ergebnis heute aus?

Bei der Idee von Zwillingpartnerschaften steht die Idee der Förderung innerparteilicher Begegnungskultur und Mobilität zwischen den Regionen und Sprachgruppen im Vordergrund. Das Ziel ist vermehrte Verständigung im eigenen Land.

Auf unseren Aufruf hin haben sich nun eine ganze Reihe von

Ortssektionen für eine entsprechende Partnerschaft interessiert, was uns ermöglichte, eine erste Adressliste zusammenzustellen und auch zu vermitteln.

Wir möchten diese Aktion fortsetzen und laden die an einer «Jumelage» interessierten Ortssektionen ein, dem Generalsekretariat ihre Wünsche für eine

Zwillingpartnerschaft mit beiliegendem Talon zur Weitervermittlung mitzuteilen.

Wir sind überzeugt, dass das Jubiläumsjahr 1994 der FDP der Schweiz einen hervorragenden Anlass bietet, den Partnerschaftsgedanken und den Dialog innerhalb unserer Partei zu vertiefen und Begegnungsbrücken zu bauen im Rahmen unserer rund 1900 Ortssektionen in allen vier Landesgegenden der Schweiz. ■



VORANZEIGE

Nächste a. o. DV

Die nächste a. o. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz findet am Samstag, dem 20. August 1994, in Bern (BEA-Kongresszentrum) statt.

Neben der Parolenfassung für die Abstimmung im September steht die Sanierung des öffentlichen Haushalts im Zentrum. ■

Casinos, Golf und Mehrwertsteuer

Am 15. April haben Fraktion und Delegiertenrat der FDP der Schweiz ein Positionspapier zur Tourismuspolitik verabschiedet. Dieses fordert für den Tourismus, den dritt wichtigsten Exportzweig unseres Landes, der rund zehn Prozent aller Arbeitsplätze stellt, unter anderem folgende Massnahmen:

- Die Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes für den Tourismus.
 - Den Ausbau der Schweizerischen Verkehrszentrale zu einer effizienten Marketingagentur.
 - Eine Lockerung und später vollständige Abschaffung der Lex Friedrich.
 - Die rasche Erarbeitung eines gegenüber dem Ausland konkurrenzfähigen Spielbankengesetzes.
 - Innovative Lösungen zur Abwicklung des Verkehrs auf den Zufahrtsachsen und in den Ferienorten.
 - Die Schaffung touristischer Fachhochschulen.
 - Die Liberalisierung des touristischen Arbeitsmarktes.
 - Den massvollen Ausbau der Golfportmöglichkeiten.
- Das Positionspapier kann auf dem Generalsekretariat der FDP Schweiz, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51, angefordert werden. ■

Talon

Die FDP-Ortssektion _____, Kanton _____, wünscht eine *Zwillingpartnerschaft* mit einer FDP Ortssektion

- in der französischen Schweiz
- in der italienischen Schweiz
- in der rätoromanischen Schweiz
- in der deutschen Schweiz

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr. _____

PLZ: _____ Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 312 19 51)